



09

Fir eng lieweg Demokratie

Eine lebendige Demokratie – mit breiten Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen – ist die Basis schlechthin für ein gesellschaftliches Miteinander.

Wenn wir unsere Gesellschaft und unser Wirtschaftssystem nachhaltiger gestalten möchten, ist zudem ein „kultureller“ Wandel

notwendig: Weg von Konsum und Konkurrenzdenken, hin zu Miteinander und sozialer Gerechtigkeit.

Deshalb ist das Engagement zur Förderung einer vielfältigen Diskussions- und Entscheidungskultur besonders wichtig, wenn man sich für eine zukunftsfähige Gesellschaft einsetzt.



ZIVILGESELLSCHAFTLECH ORGANISATIOUNEN: ENG KRITESCH – KONSTRUKTIV GÉIGEMUECHT AN ENGER LIEWEGER DEMOKRATIE

Ein Kollektiv von 33 Organisationen der Zivilgesellschaft (Umweltorganisationen, Organisationen für internationale Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte), darunter der Mouvement Ecologique, hat sich Ende 2024 zusammengeschlossen. Das gemeinsame Ziel: sich stark machen für eine lebendige Demokratie und den Respekt der Arbeit der Zivilgesellschaft.

Ausgangspunkt für diese Initiative war der Fall Caritas, aber auch diverse Aussagen von Regierungsmitgliedern, die den Eindruck erweckt haben, die Regierung würde die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft infrage stellen.

Als Auftakt der Aktionen der gemeinsamen Plattform fand am 7. Oktober 2024 eine Pressekonferenz auf der Place Clairefontaine statt. Betont wurde dabei die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft für das Funktionieren unserer Demokratie. Eine entsprechende Stellungnahme wurde erstellt und weitestgehend an Akteure weitergeleitet.

Am Freitag, dem 10. Januar 2025, fand dann auch ein Treffen dieses Bündnisses – das sich mittlerweile den Namen Voô („Stimme“ auf esperanto) gegeben hat, mit Staatsminister Luc Frieden statt. Dies als Folge der Aktion und des offenen Briefes vom Oktober. Diese Sitzung war sehr konstruktiv und der Staatsminister leitete daraufhin in die Wege, dass die Sichtweise von Voô bei zwei Dossiers nachgefragt wurde (avant projet de loi zur „Wegweisung“ sowie Gesetzesentwurf zum Manifestationsrecht). Eine Sitzung mit dem Premier zur Reform des aktuellen „asbl -Gesetzes“ soll stattfinden, nachdem die Stellungnahme der Organisationen mit Reformvorschlägen vorliegt.

Liste der Unterzeichner: Abram asbl; Amitié Am Sand-Amizero NGO; Amnesty International Luxemburg; ASTI; ASTM; Athenée - Action humanitaire; CELL; CID Fraen an Gender; CLAE; Comité pour une Paix Juste au Proche-Orient; Coopération Nord-Sud; Dignitas asbl; Greenpeace; Émweltberodung Lëtzebuerg a.s.b.l.; Enfants de l'Espoir; etika; Fairtrade Lëtzebuerg; FDH; Frëndeskrees Kamerun; Friddens- a Solidaritéitsplattform; Le Soleil dans la Main; Les Amis de Pirajà; Les Amis du Tibet; LIFE WG; Médecins du Monde; Mouvement Ecologique; natur&émwelt a.s.b.l.; Niños de la Tierra a.s.b.l.; partage.lu; Rokku Mi Rokka; Solidaritéit mat den Heescherten; SOS Faim mit der Unterstützung des Cercle de coopération des ONGD

FIR E BESSEREN ZOUGANG ZU INFORMATIOUNE FIR'D'BIERGERINNEN!

Der Zugang zu Informationen für Bürger:innen wird durch das Gesetz vom 14. September 2018 (*administration transparente et ouverte*) geregelt. Leider handelt es sich dabei um ein äußerst mangelfhaftes Gesetz. Dies war von Anfang an gewusst, sodass die Abgeordnetenkammer bei der Verabschiedung des Gesetzes bereits beschlossen hatte, das neue Gesetz solle zwei Jahre nach Inkrafttreten evaluiert werden.

Bedauerlicherweise blieb es bisher beim Versprechen, in der Praxis erfolgte kaum etwas. Deshalb setzt sich der Mouvement Ecologique weiterhin in diversen Schreiben, Stellungnahmen und Unterredungen konsequent dafür ein, dass das Gesetz verbessert wird.

2024 fand eine Unterredung mit Staatsminister Luc Frieden als zuständigem Minister zum Thema statt. In dieser wurde offen über die bestehenden Defizite des Gesetzes diskutiert. 2024 hat die Regierung dann einen Reformtext vorgelegt, um vor allem den Zugang von Journalisten zu Informationen zu verbessern. Vorgesehen sind dabei auch einige Änderungen am Gesetz zur „*administration ouverte et transparente*“, das die Bürger:innen betrifft. 2024 führte der Mouvement Ecologique eine erste Analyse dieses Textes durch, eine Stellungnahme wird 2025 verabschiedet. Die grobe Einschätzung ist: Die Abänderungen gehen in die richtige Richtung, sie reichen aber bei Weitem nicht aus.

Wie in einer Sitzung der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkammer zum Thema zu erfahren war, gab es im Rahmen der Koalitionsverhandlungen diesbezüglich eine „*note au formateur*“ mit Vorschlägen zur Verbesserung des Zugangs zu Informationen. Dabei handelt es sich um ein Dokument, das von der zuständigen Stelle der vorherigen Regierung als Anregung für den Koalitionsvertrag erstellt wurde. Der Mouvement Ecologique fragte dieses Dokument nach. Nachdem der Mouvement Ecologique in einer ersten Phase keine Antworten auf seine Anfrage erhalten hat und bei der „*Commission d'accès aux documents*“ vorstellig wurde, hat das Staatsministerium diese „*note*“ veröffentlicht. Dies ist absolut positiv zu werten; der Mouvement Ecologique wird die weitere Entwicklung vor diesem Hintergrund begleiten.

„COMMISSION D'ACCÈS AUX DOCUMENTS“ – ENG WICHTEG ULAFSTELL FIR DE MOUVEMENT ECOLOGIQUE

Bedauerlicherweise erhält der Mouvement Ecologique bei weitem nicht immer eine Antwort, wenn er Dokumente oder Informationen bei einem Ministerium nachfragt. Dies betrifft vor allem das Umweltministerium.

Das Gesetz zum transparenten Staat sieht vor, dass man in diesem Fall nicht sofort vor Gericht sein Recht auf Antwort einklagen muss, sondern sich zuerst an die sogenannte „*commission d'accès aux documents*“ (CAD) wenden kann. Diese fragt dann beim Ministerium nach, warum die Anfrage nicht beantwortet wurde.

2024 hat der Verwaltungsrat entschieden, grundsätzlich alle unbeantworteten Anfragen an diese Stelle weiterzugeben.

Der Erfolg einer Intervention bei dieser „Commission“ ist bemerkenswert: Die Ministerien reagieren zwar bei weitem nicht immer auf die Anfragen des Mouvement Ecologique, werden aber aktiv, sobald sie von der CAD kontaktiert werden. Die Konsequenz: über diesen „Umweg“ - und mit der entsprechenden Mehrarbeit, auch für die CAD - erhält man dann in der Regel die gefragten Dokumente. Wobei die Kommission leider nur für den Zugang zu „Dokumenten“ verantwortlich ist, nicht aber für die Herausgabe von „Informationen“, welche der Mouvement Ecologique besonders häufig nachfragt (z.B. über die Sichtweise eines Ministeriums in einem bestimmten Dossier).

FIR MÉI ENG TRANSPARENT CHAMBER – DOKUMENTER VERËFFENTLECHEN

Positiverweise hat die Abgeordnetenkammer 2024 entschieden, verschiedene Kommissionssitzungen nunmehr live zu übertragen und auch nachträglich per Video auf der Internetseite der Abgeordnetenkammer zu veröffentlichen – eine äußerst positive Neuerung, wobei es sicherlich einige Zeit braucht, bis sie ausreichend bekannt und auch entsprechend genutzt wird.

Der Mouvement Ecologique regte die Abgeordnetenkammer an, einen weiteren Schritt in Richtung Transparenz zu gehen. In zahlreichen Sitzungen werden, vor allem von Ministerien und Regierungsbeamten, Dokumente vorgestellt und den Abgeordneten zugestellt. Hierbei handelt es sich z.B. um Zusammenfassungen heutiger Gesetzgebungen oder geplanter Neuerungen an Gesetzen; Unterlagen zur Umsetzung von verschiedenen Strategien, Zahlenmaterial u.a.m. Als interessierter Bürger kann man zwar die diesbezüglichen Ausführungen während der Live-Übertragung anhören, die Dokumente selbst werden aber nicht online zur Verfügung gestellt.

In einem Schreiben an die Abgeordnetenkammer wurde angeregt, diese Informationen mit dem Bericht der Sitzung online zu setzen. Leider erhielt der Mouvement Ecologique keine Antwort auf diese Anfrage.

DEMOKRATIE A BIERGERRECHTER STÄRKEN!

Der Aufbau einer zukunftsfähigen, resilienten Gesellschaft von morgen erfordert mehr denn je einen offenen Austausch, das Auseinandersetzen mit Sachargumenten sowie entwickelte Bürgerrechte und eine zeitgemäße politische Bildung. Luxemburg ist von diesen Zielen leider weit entfernt. Umso wichtiger ist das Engagement der Zivilgesellschaft und im Besonderen des Mouvement Ecologique.

Deshalb zieht sich die Frage der „Bürger:innengesellschaft“ wie ein roter Faden durch die Arbeiten des Mouvement Ecologique.

Bei diversen Gesetzesprojekten, Dossiers.... wird sich immer wieder für eine gute Informationspolitik und für eine breite Bürger:innenbeteiligung eingesetzt. Auch werden Bürger:innen beraten, wenn sie Informationen über ihre Bürgerrechte oder Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten möchten.



Den Beginn machte im Dezember der äußerst renommierte Anthropologe, Redner und Autor Jason Hickel, dessen Buch „*Less is More: How Degrowth will save the world*“ sowohl von der Financial Times als auch dem New Scientist als Buch des Jahres gelistet wurde. Bemerkenswert ist, dass 250 Personen den Weg zur Konferenz gefunden hatten. Vor allem auch die Breite des Publikums war aufschlussreich: an der Veranstaltung nahmen sowohl Akteure aus der Wirtschaft, Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen, Gemeinden, einige Politiker:innen sowie interessierte Privatpersonen teil.

Jason Hickel wusste auf sehr eindringliche und lebendige Art und Weise darzulegen, warum unser heutiges Wirtschaftsmodell nicht zukunftsfähig ist.

Dabei rückte er in den Fokus, dass folgende Frage unser Ge-sellschafts- und Wirtschaftsmodell prägen müsse: Was soll in Zukunft noch anwachsen und warum? Pauschal auf Wachstum zu setzen, wäre der falsche Weg. Die Wirtschaft wäre da, einen „*access to good life*“ sicherzustellen und nicht den Profit von Unternehmen zu maximieren.

DÉI RICHTEG UREIZER FIR ENG SOZIAL-EKOLOGESCH TRANSITIOUN SËTZEN!

Diese Regierung ist mit dem Anspruch angetreten, die Energiewende und somit auch die Elektromobilität u.a. mit sozial selektiveren Fördermitteln voranzutreiben. Leider ist dies bis dato noch nicht im notwendigen Ausmaß gelungen.

Recht kurz vor dem Autofestival hatte die Regierung entschieden, die Subventionen für E-Wagen neu zu gestalten und die finanziellen Hilfen recht stark und unselektiv zu reduzieren.

Der Mouvement Ecologique hinterfragte diese Abänderungen in Sachen E-Mobilität kritisch und reagierte mit einer Stellungnahme mit dem Titel: „*Selektivere Förderung der E-Mobilität – den Mut haben, große Klimakiller zur Kasse zu bitten!*“.

Dabei verwies der Mouvement Ecologique darauf, dass die E-Mobilität in Luxemburg noch nicht ausreichend Fuß gefasst hat und eine weitere finanzielle Förderung des Staates erforderlich wäre. Ansonsten riskiere man die Ziele des nationalen Klima- und Energieplanes zu verfehlten. Es fehle an Berechnungen, die belegen, dass die Reduktionen der Finanzhilfen nicht zu einem Einbruch beim Kauf von E-Wagen führen würden (sogenannte Analysen zum Lenkungseffekt von staatlichen Hilfen).

Vor allem aber wurde aufgeworfen, dass die Regierung verpasst habe, Käufer von besonders energieintensiven sowie umweltbelastenden Wagen mit einer Strafe zu belegen. Ein „*Malus*“, wie es diesen bereits seit Jahren in Frankreich gibt, wäre hier ein wichtiger Ansatz. Käufer von besonders energieintensiven / umweltbelastenden Wagen zahlen z.T. Strafen von mehreren Tausend Euro, damit sie zumindest teilweise für die Schäden, die sie der Gesellschaft zufügen, aufkommen müssen. Dies sei auch ein Instrument der sozialen Selektivität. Aber auch die Frage, inwiefern ein „*leasing social*“ sinnvoll wäre, hätte offensiver diskutiert werden müssen.

Die Frage, welche Subventionen in welcher Höhe für die ökologisch-soziale Transition notwendig sind und wie sie selektiv gestaltet werden können, ist von absolut zentraler Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung. Deshalb wird sie die Arbeiten des Mouvement Ecologique in den kommenden Jahren weiterhin stark prägen.



RIED ZUR LAG VUN DER NATIOUN: PROZEDURE VEREINFACHEN ASS GUTT, MA D'POLITIK MUSS MÉI!

Seine erste Rede zur Lage der Nation hatte Premierminister Luc Frieden im Juni auch unter das Motto gestellt, zentrale Verantwortung der Politik sei es, heute Entscheidungen für die Zukunftsgestaltung zu treffen. Dies mag banal klingen, und doch ist es positiv, wie sehr der Premier diesen Punkt immer wieder betonte. Denn häufig stehen ja gerade vermeintliche kurzfristige Interessen längerfristigen u.a. ökologischen Herausforderungen im Wege.

Aber: Die Rede warf ein grundsätzliches Problem auf: Es wurde der Eindruck vermittelt, als ob sich diese verantwortungsbewusste Zukunftsgestaltung primär durch optimierte und vereinfachte Prozeduren sowie durch Reformen von bestehenden staatlichen Beihilfen erreichen liesse.

Die Energiewende, der Klima- und der Biodiversitätsschutz, eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, aber auch der Schutz unserer Gewässer und Quellen, kommen nicht primär durch optimierte Prozeduren zustande. Dafür braucht es auch zum Teil grundsätzlichere Reformen. Und gerade diese thematisiert der Premierminister leider nicht.

Der Mouvement Ecologique bezog dann auch ausführlich Stellung zur Rede. Denn gerade derartige zentrale Momente in der politischen Debatte in Luxemburg erlauben es, die Vorstellungen eines Mouvement Ecologique stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.

